

# Der Wunsch nach Veränderungen und die Furcht vor ihnen

## Hintergründe zu den Wahlen am 29. November

von Gudrun Witte

**Ende des letzten Jahres entließ Mahathir seinen engsten Protegé und stellvertretenden Premierminister Anwar Ibrahim und zog ihn, zunächst per Gesetz für innere Sicherheit, später per Urteil über sechs Jahre Gefängnis wegen Korruption, aus dem Verkehr.**

**B**esonders unter der ethnischen Gruppe der Malaien ist Anwar sehr populär, und nach dem Sturz und der Verhaftung Anwars wurde Malaysia von Demonstrationen und Unruhen erschüttert. Die Moscheen waren von den muslimischen Gelehrten als Plattform für Kritik an der Regierung genutzt worden. Mit zahlreichen kritischen Veröffentlichungen im Internet wird die Pressezensur bis heute unterlaufen. Die Auseinandersetzung zwischen Mahathir und Anwar scheint die Wähler Malaysias tief gespalten zu haben.

### Die Regierungskoalition

Die Regierungskoalition *Barisan Nasional* setzt sich aus 14 Parteien zusammen. Davon ist die dominante Partei die UMNO (United Malays National Organisation), die seit der Unabhängigkeit den Premierminister stellt. Zwei andere bedeutende Parteien sind die Malaysian Chinese Association (MCA) und der Malaysian Indian Congress (MIC). Diese drei Parteien repräsentieren die größten ethnischen Gruppen Malaysias.

Nach der letzten Wahl gewann diese Koalition 166 von 192 Sitzen im Parlament.

Mahathir gab sich bei Ankündigung der Wahlen sehr zuversichtlich, die Zweidrittelmehrheit halten zu können. Der Zeitpunkt ist taktisch gut gewählt: Nachrichten über wachsende Wirtschaftszahlen werden

tatsächlich viele Malaysier überzeugen, daß die Regierung an der Macht bleiben sollte. Auch sind mit der Entscheidung, noch dieses Jahr zu wählen, etwa 650.000 Neuwähler ausgeschlossen, von denen man annimmt, daß ein großer Teil oppositionsfreundlich gewählt hätte. Die Chancen stehen für *Barisan Nasional* außerdem gut, da die Regierung über jahrzehntelange Erfahrung im Wahlkampf verfügt, die Massenmedien kontrolliert und ihr praktisch der gesamte Staatsapparat für den Wahlkampf zur Verfügung steht. Sie wird mit den Slogans »wirtschaftliche und soziale Stabilität« in den Wahlkampf ziehen.

### Die Opposition

Der Regierungskoalition *Barisan Nasional* steht eine Opposition gegenüber, deren größte Parteien sich nach der Verurteilung Anwars zur Alternativen Front (*Barisan Alternatif*) zusammengeschlossen haben. Diese stellt ein bisher unvorstellbares Bündnis dar zwischen der bisher eher radikal islamisch ausgerichteten Partei der Malaien PAS (*Partai Islam se-Malaysia*), der vor allem aus chinesischstämmigen Malaysiern bestehenden DAP (*Democratic Action Party*), der PRM (*Partai Rakyat Malaysia* — Volkspartei Malaysias) und der im April anlässlich Anwars Verurteilung gegründeten Partei für Gerechtigkeit, *Keadilan*, die von Anwars Frau Wan Azizah geführt wird.

Auch für die Opposition stellt diese Wahl einen großen Test dar. Seit der Unabhängigkeit ist sie nie über ein Drittel der Sitze hinaus gekommen. Sie wird Anwar zum Thema des Wahlkampfes machen und versuchen, als Reformbewegung gegen Korruption, Vetternwirtschaft, Machtmißbrauch und für Gerechtigkeit und eine unabhängige Justiz Stimmen zu gewinnen.

Um den Malaysiern langfristig eine realistische Alternative zu Mahathir und der UMNO zu bieten, wird die größte Herausforderung für die Alternative Koalition ihre eigene Stabilität sein.

Zwar hat man sich im September auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Premierministers geeinigt: Anwar. Da Anwar im Gefängnis sitzt, soll ein Interimprieminister gewählt werden, bis ein gerechtes Urteil in Sachen Anwar gefällt worden ist.

Aber noch gilt es, alte Konflikte beizulegen. Die ethnischen Chinesen, in der DAP vertreten, fürchteten immer den großen Einfluß der für einen Islamstaat eintretenden muslimischen PAS. Ethnische und religiöse Fragen müssen letztlich außen vor gelassen werden, wenn die Alternative Front als Einheit auftreten und als regierungsfähige Koalition kandidieren will. Die ersten Schritte in diese

*Die Autorin ist Studentin der Südostasienwissenschaften an der Uni Frankfurt.*

Richtung sind getan, zum Beispiel nimmt die PAS nun auch Nicht-Muslime als Mitglieder auf und zeigt sich auch ansonsten überraschend verhandlungsbereit. Trotzdem gibt es immer wieder kleinere Streitereien, die von der Regierung genutzt werden, um die Geschlossenheit der Opposition als bloße Fassade hinzustellen. Viele Wähler, die sehr unzufrieden mit Mahathir sind, könnten die unzureichende Geschlossenheit als Mangel einer Alternative zu Mahathir werten.

Analytikern zufolge wird die Hauptaufgabe der Opposition im Wahlkampf sein, die Malaysier davon zu überzeugen, daß die Alternative Front nicht nur ein stabiles Bündnis zur Entmachtung Mahathirs darstellt, sondern langfristig mit einem eigenen zukunftsfähigen Programm eine stabile Alternative zur derzeitigen Regierung bieten kann (FEER 5.8.99).

## Die Furcht vor Veränderung

Mahathir versuchte in den letzten Monaten, systematisch Angst zu schüren und sich als einzig möglichen Garanten für die politische und ethnische Stabilität Malaysias darzustellen. Einschüchterungen könnten auf fruchtbaren Boden fallen. Als die Opposition bei den Wahlen 1999 größere Gewinne verzeichnen konnte, war es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Malaiiern und ethnischen Chinesen gekommen. Auch vor neuen Wirtschaftseinbrüchen fürchten sich in der krisengeschüttelten Region sehr viele.

Dem offenbar großen Wunsch nach Veränderung steht eine große Furcht vor derselben gegenüber. Die Malaysier haben viel zu gewinnen, aber sie befürchten auch, etwas zu verlieren.

Muß ein politischer Wandel in Malaysia ein Fehlschlag sein? Dr. Francis Loh, Politikwissenschaftler an der Universiti Sains in Penang, kommentiert: »Anscheinend hat *Barisan Nasional* die Absicht, die Gefahren politischen Wandels in multiethnischen Gesellschaften in den Brennpunkt zu stellen und nun Angst zu verbreiten, da sich die Wahlen nähern. Tatsächlich entstanden die Unruhen in Indonesien und anderswo nicht aufgrund von Veränderung, sondern gerade aus dem Fehlen eines wirklichen Wandels.« (Aliran, Nov. '99).

### Anmerkung

Das Manifest der Barisan Alternatif kann unter [www.malaysia.net/dap/ba-mani.htm#C](http://www.malaysia.net/dap/ba-mani.htm#C) gelesen werden.

vgl. *südostasien* 1-2, 1999 ; FEER 5.8.99, 16.9.1999; Aliran Sept. 1999, Nov. '99; AW 8.10.1999, 22.10.1999; 3.9.1999; FT 11.11.1999

# Politischer Wettbewerb — ausgeschlossen?

## Das Wahlsystem Malaysias

von Manuel Schmitz

*Die Aufgabe eines Wahlsystems ist Stimmen in Parlamentssitze umzuwandeln. Es gibt zwei Grundtypen von Wahlsystemen: Mehrheits- und Verhältniswahlsysteme. Der Unterschied zwischen diesen beiden Wahlverfahren ist nicht nur technischer Natur. Aus der Verwendung des einen oder des anderen Verfahrens ergeben sich weitreichende Konsequenzen für den politischen Wettbewerb, insbesondere für Strategie und Taktik der Parteien.*

Seit der Unabhängigkeit gilt in Malaysia das Mehrheitswahlrecht nach britischem Vorbild. Das Wahlgebiet ist in 192 Wahlkreise eingeteilt, in denen derjenige Kandidat gewählt ist, der die relative Mehrheit der von den Wählern abgegebenen Stimmen auf sich vereint (*first-past-the-post*). In jedem Wahlkreis kann nur ein Kandidat gewinnen

(*single constituency*). Um im Parlament vertreten zu sein, muß eine Partei Wahlkreise erobern. Es reicht nicht aus, einen bestimmten Anteil der Stimmen auf sich zu vereinen, da die Stimmen für die unterlegenen Kandidaten unter den Tisch fallen.

### Vorteile für Barisan Nasional

Die großen Parteien werden durch dieses Wahlsystem bevor-

zugt, denn Stimmenmehrheiten haben überproportionale Mehrheiten bei den Mandaten zur Folge. In Malaysia kommt dies der Regierungskoalition *Barisan Nasional* zugute. So konnte sie zum Beispiel bei den Wahlen von 1990 mit nur 53,4 Prozent der Stimmen 71 Prozent der Parlamentssitze einnehmen. Hätten die Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht stattgefunden, bei dem die Anzahl der Parlamentssitze einer Partei ihrem Stimmenanteil entspricht, hätte die *Barisan Nasional*

Der Autor ist Student der Politikwissenschaft, des Öffentlichen Rechts und der Soziologie in Trier.